

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 22.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 2. Juni 1911.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Neue Fernsprechnummer.

Die Geschäftsstelle des Verbandes hat fortan die Fernsprechnummer

Amt Cöln B 1546.

Zwei Verdächtigungsverfahren.

In den letzten Monaten setzt die sozialdemokratische Hebe gegen die christl. Gewerkschaftsbewegung wieder intensiver ein, nachdem sie vordem eine Zeitlang weniger stark in die Erscheinung trat. Die Gründe für die stärker betriebene Hebe sollen an dieser Stelle nicht untersucht werden — nur zwei landläufige Verdächtigungsverfahren unserer „Freunde“ von der roten Couleur seien unter die Lupe genommen.

Die eine Methode dient dem Zweck, den noch unorganisierten Arbeitern zu zeigen, daß es der christlich-organisierten Arbeiter so wenige gibt, daß es sich gar nicht lohnt, ihre schwachen Reihen durch Beitritt noch zu stärken. Die christlichen Organisationen werden hingestellt als Vereinigungen einiger Querköpfe, die keine höheren Ziele kannten, als den „modernen freien“ Gewerkschaften Schwierigkeiten bei der Erreichung besserer wirtschaftlicher Zustände für den Arbeiter zu machen. Die Redensarten: „Die paar Männleins“, „das Bäckerbrot Christi“ sind in der roten Presse stereotyp, sobald von einer Zahlstelle einer christlichen Gewerkschaft die Rede ist. Wer die Gepflogenheiten der roten Presse kennt, weiß, daß diese alles durch zwei Gläser sieht, durch ein, das stark vergrößert, wenn über die sozialdemokratische Bewegung zu berichten gibt, und durch ein anderes, welches alles verkleinert, wenn die christlichen Gewerkschaften in Frage stehen. Wo die christlichen Gewerkschaften durch Mitglieder vertreten sind, wird man durch eine derartige Verkleinerungsmethode recht wenig erreichen, weil durch die gewerkschaftliche Arbeit unserer Kollegen den übrigen Arbeitern Tag für Tag gezeigt wird, daß die Verkleinerungskunststücke die christlichen Gewerkschaften nicht aus der Welt schaffen, daß sie im Gegenteil von Tag zu Tag an Mitgliedern zunehmen. Leider aber gibt es noch Gegenden, in denen die christlichen Gewerkschaften zwar dem Namen nach bekannt, durch Mitglieder aber nicht vertreten sind. Was hier über unsere Bewegung gesagt und gedacht wird, baut sich im Wesentlichen auf auf die Mitteilungen der roten Presse.

Wie durch letztere „Aufklärung“ über die Stärke der christlichen Gewerkschaftsbewegung in für uns noch unerschlossenen Gebieten geschaffen wird, dafür ein Beispiel: Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker berichtet in seiner Nr. 53 (11. Mai 1911) über Bestrebungen christlicher Gewerkschaften trotz bedeutungsloser Mitgliederzahlen als Tarifkontrahenten mit in Betracht zu kommen. Unter anderem führt er dabei an:

„So haben auch die christlich organisierten Tapezierer (im ganzen Deutschland ganze 150 Mann) verlangt, bei allen Vorkämpfen zu Lohnbewegungen wie bei Verhandlungen mit den Unternehmern und in den Tarifinstanzen als gleichberechtigt mit den Vertretern des Tapeziererverbandes zu gelten. Dieser mit seinen 10 000 Mitgliedern ist natürlich dazu sofort bereit gewesen, zumal von den Christlichen ein Streikbruch und ein Verrat an den andern gereicht wird.“

Soviel Heben, soviel Lügen. Wir wollen jedoch mit dem sozialdemokratischen Buchdruckerorgan nicht ins Gericht gehen, da diesbezüglich genügend bekannt ist, daß es keine dummere, dabei aber auch keine aufgeblähtere Gesellschaft in der Arbeiterbewegung gibt, als die roten Buchdrucker. Der „Korrespondent“ hat eben auch nur das nachgeplappert, was andere ihm vorlegten. In Wirklichkeit sind im Rheinland allein mehr wie doppelt soviel christlich-organisierte Tapezierer vorhanden, als hier angegeben ist. Von einer Mitwirkung bei den Vorbereitungen zu allen Lohnbewegungen ist nie die Rede gewesen. Und wo „ein Streikbruch und ein Verrat“ von den christlichen Tapezierern an den andern gereicht wurde, das wird stets ein Geheimnis der sozialdemokratischen Blätter bleiben. Macht aber alles nichts, der Leser, der aus sozialdemokratischen Blättern seine Wissenschaft schöpft, ist anderen Belehrungen unzugänglich; er hat deshalb ein Recht darauf, von dieser Sorte Presse beschwündelt zu werden. Wie aber ist die Wirkung für die christliche Gewerkschaftsbewegung? Bleiben wir beim angezogenen Beispiel: Der rote Buchdruckerverband ist in weit über 1000 Orten vertreten. Sein Organ wird überall gelesen, dessen Inhalt als Evangelium geglaubt und weiter verbreitet. Christlich organisierte Tapezierer hingegen gibt es erst an ca. 60 Orten. Der Ausbau

ihrer Organisation durch Gründung neuer Sektionen muß so ganz natürlich durch die „Aufklärung“, wie sie das Buchdruckerorgan leistet, erschwert werden.

Es ergibt sich für uns daraus die Lehre, nach Möglichkeit über den roten Zahlenschwindel Aufklärung auch in solchen Gegenden zu schaffen, die für unsere Bewegung bislang noch nicht erschlossen wurden.

Methode liegt aber nicht nur in der zahlenmäßigen Verkleinerung der christlichen Gewerkschaften, sondern auch in der Verdächtigung ihrer Mitglieder als wenig fachleistungsfähige Arbeiter. Typisch war dafür das Verhalten des Cölnener Genossen-Organs, der „Rheinischen Zeitung“, und der „Holzarbeiter-Zeitung“ beim Fall Pauly. Die christlichen Holzarbeiter wurden einfach als Stümper und minder qualifiziert hingestellt, obgleich es sich um Arbeiten handelte, deren Fertigstellung an die fachliche Leistungsfähigkeit nicht die höchsten Anforderungen stellte. Die Verdächtigungssaktion hat aber dazu geführt, daß die Lüge, ein christlicher Arbeiter habe das Gesimse um die Rückwand eines Schrankes geköpft, unter den roten Holzarbeitern Cölns nicht auszurotten ist. Dabei muß festgehalten werden, daß die besten Werkstuben Cölns durchweg in der Mehrzahl christlich-organisierte Arbeiter beschäftigen, wohingegen der sozialdemokratische Verband seine Mitglieder in allen Büchelbuden steckt hat. Ein Maßstab für die Fachfähigkeit ist unzweifelhaft auch der Grad der Arbeitslosigkeit. Letztere ist aber, wie die Arbeitslosenstatistik ausweist, im sozialdemokr. Holzarbeiterverbande durchweg etwa dreimal so stark als in unserem Verbande. Der von der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon gebrachte Hinweis auf die umfangreichere Arbeitslosigkeit in den größeren Industriebezirken ist für das Gegenteil nicht beweiskräftig, da heute der Zentralverband christlicher Holzarbeiter einen gewiß nicht minderen, vielleicht gar noch größeren Prozentsatz seiner Mitglieder in den größeren Industriebezirken und Großstädten hat, als der sozialdemokratische Verband. Und wenn sozialdemokratische Organe glauben, recht oft darauf hinweisen zu müssen, daß die Christlichen mit den Arbeitgebern an einem Strange zögen, so sollten sie doch bedenken, daß dies ein Gegenbeweis zu der Behauptung, die Christlichen seien fachlich untüchtig, ist. Nach Bebel raucht kein Schornstein ohne Profit, und bei der Abneigung, die wohl bei sehr vielen Arbeitgebern gegen alles Christliche vorhanden ist, werden diese gewiß nicht vorwiegend leistungsunfähigen christlichen Arbeiter Beschäftigung geben.

Wie wenig der sozialdemokratische Holzarbeiterverband im übrigen Grund hat, unsern Kollegen fachliche Untüchtigkeit zum Vorwurf zu machen, wird erhellt aus der Tatsache, daß in nicht wenigen Fällen unser Verband an Tarifabschlüssen in Orten beteiligt ist, wo die Mitgliederzahlen unseres zu denen des sozialdemokratischen Verbandes in einem auffallenden Mißverhältnis stehen. Unsere Beteiligung ergibt sich eben aus dem Vorhandensein von Mitgliedern, deren Fachfähigkeit ihnen und dem Verband in Kollegentreifen allgemein Ansehen gebracht hat.

Man weiß in sozialdemokratischen Kreisen zumeist recht gut, wieviel Mitglieder die christlichen Organisationen zählen und wie sehr diese darauf bedacht sind, fachlich tüchtiges zu leisten. Wenn trotzdem falsche Angaben gemacht werden, dann aus dem Grunde, weil ohne Lügen, Verdächtigungen und Verdrehungen die sozialdemokratische Sache eben nicht zu fördern ist. Wollte man die Wahrheit sagen, so schädigte man sich selbst und führte den christlichen Gewerkschaften manches Mitglied zu, das nur deshalb im roten Lager zu finden ist, weil es die Wahrheit nicht erfährt. Doch ewig wird die rote Gaukelei kaum währen. Ihr Lügengebäude wird zusammenfallen mit der wachsenden Zahl der überzeugten christlichen Gewerkschaftler. Den Zusammenbruch jenes Lügengebäudes zu beschleunigen, das haben unsere Kollegen in der Hand durch eine fortgesetzte Aufklärung der indifferenten Massen und durch Verstärkung unserer Kampftätigkeit.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Im April 1909 legten die verbündeten Regierungen dem Bundesrat einen Gesetzentwurf, betreffend die Reform unserer Sozialversicherung, vor; dieser gelangte am 12. März 1910 an den Reichstag. Nach mehr als einjährigen Beratungen in der 16. Kommission und im Plenum ist das große, fast 2000 Paragraphen umfassende Werk zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es kann deshalb eine zusammenfassende Darstellung des Gesetzes hier gegeben werden.

Das Gesetz umfaßt 6 Bücher. Das erste Buch enthält gemeinsame Vorschriften, solche über die Organisation der Versicherungsträger und der Behörden. Gegenüber dem Regierungsentwurf nahm der Reichstag einige Änderungen vor, dabei zumeist den Vorschlägen seiner Kommission folgend. Als Verbesserungen sind anzusehen: die Einführung der Verhältniswahlen für alle bei der Sozialversicherung vorkommenden Wahlen; eine Verbesserung des Wahlverfahrens in der Art, daß, an Stelle der Vorstände, die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen die Versicherungsvertreter zum Versicherungsamt wählen. Die Vorstands-

mitglieder der Knappschafts- und Ersatzklassen nehmen an diesen Wahlen teil. Ferner wurde eine bessere Sicherung der Vertreter im Arbeitsverhältnis erreicht. Durch Einführung einer Zwischenstufe wurden die Ortslohnbestimmungen zu Gunsten eines großen Teiles der Arbeiter verbessert. Durch eine bessere Heranziehung der Bundesstaaten zur Tragung der Kosten der Versicherungsämter sind die Versicherungsträger wie die Versicherten entlastet worden.

Anders ist es mit den Versicherungsämtern. Die Vorlage hatte mehr selbständige Ämter im Auge, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze; sie fanden keine Mehrheit, weil ein Auswachen dieser Ämter befürchtet wurde, wie auch erhebliche Mehrkosten. An Stelle selbständiger Ämter wird nun bei jeder unteren Verwaltungsbehörde eine Abteilung für Arbeiterversicherung gebildet. Eine solche Abteilung heißt Versicherungsamt. Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt. Es kommen in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamt, Oberamt, die Bürgermeister der Städte. Beim

Versicherungsamt

werden beteiligt Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in gleicher Zahl, mindestens 12. Das Amt eines solchen Vertreters ist ein Ehrenamt; doch werden die Barauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben des Versicherungsamtes sind: Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind: 1. Allgemeine Aufgaben für alle Zweige: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter; Anordnung betr. Wohnortbestimmungen; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Ersatzansprüchen und anderen Spruchfällen.

2. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Bestätigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Koh- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Streitigkeiten.

3. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei der Bescheiderstellung; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Anweisung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren; Bereidigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

4. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnisse in Strafsachen; Vorbereitung des Bescheides.

Das Versicherungsamt soll, wie schon betont, in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Oberversicherungsämter bilden die höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Sie sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde vorzusehen und treten mit einem Teile ihrer Aufgaben an die Stelle der gegenwärtigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Endlich soll das jetzige Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde übernommen, aber durch die Landesversicherungsämter für einen großen Teil der Versicherungsfälle ersetzt werden.

Zum Versicherungsamt sind als Vorsitzender

Versicherungsvertreter

bezugziehen. Sie werden je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten entnommen. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen weiter teil die Vorstandsmitglieder der Knappschaftskassen und der Ersatzklassen und die der außerhalb des Bezirkes bestehenden Kassen, sofern diese 50 Mitglieder im Bezirk haben. Die Wahl geschieht schriftlich nach den Grundrissen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung. Die Wahlordnung kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränken. Der Versuch, die direkten Wahlen einzuführen, mißlang. Ein diesbezüglicher Antrag wurde mit 193 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Die Regierung leistete starken Widerstand. Es wurde namentlich betont, daß die direkte Wahl der Vertreter keine Garantien dafür biete, daß alle Richtungen zu einer Vertretung kämen. Wähler sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder dort beschäftigt sind. Frauen können zwar bei den Versicherungsträgern wählen und gewählt werden; gegen ihre Wahl zu den Versicherungsämtern wurde regierungseitig Einspruch erhoben. Diesen Ämtern seien richterliche Funktionen übertragen; nach den bestehenden Gesetzen könnten aber solche von Frauen nicht ausgeübt werden.

Zum Reichsversicherungsamt sind, wie zu den Versicherungsämtern und zu den Oberversicherungsämtern, ebenfalls Versicherungsvertreter zu wählen. Durch Reichstagsbeschluß wird ausdrücklich ausgesprochen, daß auch diese nach dem System der Verhältniswahl zu wählen sind. Die Vorschriften über das Wahlrecht und das Wahlverfahren bei der Wahl der Versicherungsvertreter werden noch besonders und im Zusammenhang zu behandeln sein; in Rücksicht auf den Raum und darauf, daß vorerst ein Ueberblick über das ganze Gesetz gegeben werden soll, muß jetzt davon Abstand genommen werden.

In ersten Buche ist dann noch eine andere wichtige Frage geregelt, die über die Festsetzung des

Ortslohnes.

Bisher bildete der „ortsübliche Tageslohn“ den Maßstab für die Beiträge und die Leistungen. Je höher der Ortslohn festge-

seht ist, je höher sind die Leistungen aus allen Versicherungsarten. Der Ortslohn wurde früher von den oberen Verwaltungsbehörden festgesetzt. Nunmehr geschieht das durch das Oberversicherungsamt, bei dem auch Arbeitervertreter beteiligt sind. Diese können also ihren Einfluß geltend machen und auf die Höhe des Ortslohnes mitbestimmend einwirken. Gegenüber dem bisherigen Regime ist das eine bedeutende Verbesserung. Auch die Krankenkassen müssen vor Festsetzung des Ortslohnes künftig gehört werden.

Eine Uebersicht über die Bestimmungen des zweiten Buches, Krankenversicherung, folgt in nächster Nummer.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni fällig ist.

Die Arbeitslosenmeldefarten müssen bis spätestens 4. Juni bei der Geschäftsstelle des Verbandes in Köln eingelaufen sein.

Auf die fällige Ratenzahlung pro Mai werden die Zahlstellen erinnert.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist ferngehalten von

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Siegnitz; Neu-Isenburg (H. A. Wittig), Worms, Fulda, Rünster i. W., Stolberg Rhld., Winterthur (Schweiz), Ehlingen (Maschinenfabrik).
- Gesamtschreiner: Barmen-Eilberfeld.
- Büchsenmachern: Ritter-Ritterhammer (Wodt & Co.).
- Piansarbeiter: Bonn (Kühling).
- Werkstatthalter aller Berufe: Danzig und Eibing (Schickel).

Streik in Stolberg (Rheinland). Nachdem im März dieses Jahres für Aachen ein neuer Tarif abgeschlossen war, dachten unsere Kollegen, daß es im benachbarten Stolberg ebenfalls an der Zeit sei, einen Tarif abzuschließen. Am 2. April wurde den Arbeitgebern, die alle einer Zwangsinnung angehören, Vorschläge zum Abschluß eines Vertrages unterbreitet. Die Kollegen wurden keiner Antwort gewürdigt. Auch das persönliche Vortragsgespräch des Vorsitzenden bei dem Vorstand der Innung war umsonst. Um die Innung aber zu Verhandlungen zu bringen, haben sich die Kollegen gezwungen, bei dem Vorstand der Innung die Kündigung einzureichen. Nun wollte man auf einmal verhandeln, aber nur unter der Bedingung, daß die Kündigung zurückgenommen werde. Die Kollegen erklärten sich bereit, ruhig weiter arbeiten zu wollen. Das war einigen Scharfmachern, die, nebenbei bemerkt, selten oder nie Gehilfen beschäftigen, nicht genug. Darauf reichten sämtliche bei Innungsmeistern beschäftigten Kollegen die Kündigung ein. In einem Mandatschreiben, das der Vorstand der Innung zur Begründung an die Innungsmitglieder richtete, hieß es, „daß es der Innung verhasst sei, mit der Organisation einen Vertrag abzuschließen und daß jeder Meister, der einen freitenden Schreiner einstellt, mit 20 Mark Geldstrafe bestraft würde.“ Geschlossen wurde auf allen Werkstätten die Arbeit niedergelegt. Doch das machte nichts; ein Herr A. mußte Rat. Zum Beweis diente folgendes Gespräch, das der Herr mit dem Kollegen Erpenbeck führte:

A.: Laß die Schüssen ruhig streiken, wir können Leute genug bekommen; habe soeben telefonisch mit dem Hausmeister Deich vom ich. Gesellenverein in Köln gesprochen; der hat mir gesagt, er wolle mir so viel Schreiner schicken, wie ich haben wollte.“
 E.: Mit wem haben Sie gesprochen?
 A.: Mit dem Hausmeister Deich jetzt gerade am Telefon.“
 E.: Der ist aber schon ja 10 Jahren tot.“

Die Hausagitation.

Es gibt heute wohl wenige in der gewerkschaftlichen Kleinarbeit tätige Betramensleute und Agitatoren mehr, die nicht die große Bedeutung einer gut vorbereiteten und systematisch durchgeführten Hausagitation erkannt hätten. Die starke Zunahme in einzelnen christlichen Gewerkschaftsverbänden, von der in den letzten Monaten die Gewerkschaftspreße berichtete, ist unzweifelhaft zum weitaus größten Teil das Ergebnis einer solchen Hausagitation.

Die Frage ist nur die: Hat man in allen Haushalten aus dem Glauben und Gelingen die Konsequenz gezogen, indem man zur Durchführung einer Hausagitation übergegangen? Das ist leider (ich muß auf Grund meiner persönlichen Erfahrung sprechen) noch nicht der Fall. Es gibt immer noch Haushalte und zwar dort, wo noch viele Kollegen zu gewinnen wären, wo man die Hausagitation nicht für das beste Mittel hält. Man vertritt sich vielfach mit der Ausrede: Wenn wir die Kollegen durch Verteilung von Flugblättern, und durch Bearbeitung im Betriebe nicht für den Verband haben können, dann kann uns die Hausagitation auch nicht helfen. Die Kollegen, die so sprechen, vergessen ganz, daß der Hausagitation mehr zugrunde liegt, als die bloße Bearbeitung der Individualisten.

Eine der ersten Aufgaben muß es in solchen Fällen sein, daß die Frauen für die Gewerkschaften interessiert werden. Da gibt es wohl keinen anderen Weg als die Hausagitation. Gerade bei ihrer Durchführung kann man noch viel mehr feststellen, daß die Gewerkschaften den Frauen „böhmische Dörfer“ sind. Es können es gar nicht lassen, daß der Mann all die Beiträge entrichtet, die doch weder — so sagen sie — für

A.: „So, ja, wenn der's nicht war, dann war's der Gulbe.“

E.: „Der ist aber auch schon längst tot.“

A.: „Was, Sie wollen doch wohl keinem ehrenwerten Bürger von Stolberg was vorlegen? Wenn ich Ihnen sage: Ich habe damit gesprochen, dann hab' ich damit gesprochen.“

In einer von 500 Personen besuchten Bürger- und Arbeiter-Versammlung wurde Stellung zum Streik genommen und die Bürgerchaft über die Ursache des Streiks aufgeklärt. Nun wollte die Innung mit dem Gesellenausschuß, der zur Hälfte aus Meistersöhnen zusammengesetzt ist, verhandeln. Es wurden von der Innung den Gehilfen durch den Gesellenausschuß dann auch Zugeständnisse gemacht. Von den Kollegen wurden diese aber einstimmig abgelehnt, weil die Anerkennung der Organisation nicht zugestanden war. Ein Meister, der mit dem Vorgehen der Innung nicht einverstanden war, schloß sich der Organisation einen Einzelvertrag und stellte noch einige streikende Kollegen ein. Wegen dieses „Verbrechens“ wurde er vom Innungsvorstande mit einem Strafmandat bedacht, in dem es zum Schlusse so schön heißt:

„Trotzdem haben Sie die ausgetretenen Gesellen B. und A. in Arbeit genommen. Sie haben dadurch Ihre Pflicht der Mitpflege des Gemeingeistes, wozu das Bewußtsein der Interessengemeinschaft gehört, verletzt und deshalb wird über Sie eine Ordnungsstrafe von 20 Mark verhängt, die Sie bei der Innungskasse binnen 8 Tagen zu entrichten haben.“

Wegen dieses eigenartige Strafmandat ist bei der Aufsichtsbehörde Protest eingelegt. Mittlerweile haben aber noch mehrere Meister den neuen Tarif anerkannt. Die Kollegen sind nun gespannt, ob auch diese Meister mit einem Strafmandate bedacht werden.

Der Streik bei den andern Meistern dauert noch fort, doch sind die Aussichten für die Kollegen günstig, da die Konjunktur eine sehr gute ist, und sich Streikbrecher bis jetzt noch nicht gefunden haben.

Lohnbewegung in Gebweiler. Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen in Gebweiler. Nach zweimaligen längeren Verhandlungen der Organisationsvertreter mit den Arbeitgebern, wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 3 Pfg. ab 1. Juli d. J. erreicht, wobei die Erhöhungen nach dem 1. Februar d. J. in Anrechnung gebracht werden sollen. Am 1. Juni 1912 werden die Löhne um weitere 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Zieht man in Betracht, daß die über große Anzahl der Kollegen erst in den letzten Wochen in die Organisation eingetreten sind, so kann der Erfolg gewiß umso mehr als befriedigend bezeichnet werden.

Tarifabschluß in Windischschadenbad. Nach langwierigen Unterhandlungen und nachdem die Firma Beger sich von dem Ernst der Lage überzeugt hatte, kam eine Einigung zustande. Zugestanden wurde: Die Arbeitszeit wird ab 1. August von 11 auf 10 Stunden im Tag herabgesetzt und beträgt die Woche 59 Stunden. Kein Arbeiter darf in seinem Wochenlohnbezug gekürzt werden. Sämtliche Kolleginnen erhalten eine Lohnzulage von 20 Pfg. im Tag. Desgleichen die im Schichtlohn beschäftigte Arbeiter eine solche von 15 Pfg. die Schicht. Für sämtliche Arbeiter wurden Mindeststundenlöhne festgesetzt, die namentlich für die Hobler einen großen Fortschritt bedeuten. Bei Akkordarbeit werden die festgesetzten Löhne garantiert. Für Ueberstunden werden 10 Pfg. Zuschlag bezahlt. Diese Vereinbarungen gelten auf ein Jahr und jemeihs auf ein Jahr weiter, falls von den Arbeitern keine Aenderung beantragt wird. Alles im ganzen genommen bedeuten die Abmachungen einen guten Fortschritt für die Arbeiter, wenn auch manche Wünsche eines Teiles der Kollegen zurückgestellt werden mußten. Nun gilt es für die Kollegen nun neuem unter allen Umständen Einigkeit zu bewahren und für die Durchführung der tariflichen Bestimmungen Sorge zu tragen.

Streik in Kaufbeuren. Es ist nicht gelungen eine friedliche Einigung über Erneuerung des Vertrages zu erzielen. Auf Wunsch der Meister fanden sich Freitag den 26. Mai sämtliche Meister und Gehilfen zur Verhandlung zusammen. Doch schon beim ersten Punkt der Herabsetzung der Arbeitszeit von 58 1/2 auf 56 Stunden ergab sich eine Differenz, woran die Einigung scheiterte. Die Meister bieten 58 Stunden, während wir schon mit Rücksicht auf die Beträge sämtlicher anderer Orte in Bayern von 56 Stunden nicht abgehen können. Nachdem letzteres den Meistern erklärt wurde, ver-

ließen sie die Verhandlungen und glauben nun durch einen Streik besser daran zu sein. Ob sie das Richtige damit getroffen haben, wird sich nach dem Streik herausstellen. Sicher ist ein hartnäckiger und vielleicht ein sehr langer Kampf zu erwarten, den jedoch die Kollegen, nachdem sie sämtlich organisiert sind, wohl auch in Ehren bestehen werden. Zugang ist fernzuhalten.

In Wolfenbüttel sind die bei den Innungsmeistern beschäftigten Kollegen in eine Tarifbewegung eingetreten. Da die Meister auf die eingereichten Forderungen keine Antwort gaben, beschloßen die Kollegen am Freitag, den 26., nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis die Arbeitgeber geneigt seien zu verhandeln.

Vertragsabschluss in Fulda. Nach achtägigem Streik kam für das Schreinerergewerbe in Fulda ein Vertrag zustande, welcher unseren Kollegen sehr schöne Erfolge bringt. In voriger Nummer wurde schon berichtet, daß mit den Meistern eine Vereinbarung getroffen war, die jedoch durch das Dazwischentreten eines Fabrikanten wieder umgeworfen wurde. Unsere Kollegen antworteten darauf mit dem Streik. Die gesamten Meister und Fabrikanten, die sich bisher gegenseitig nicht kannten, haben sich nun zusammengefunden und den Arbeitgeberschutzverband um Hilfe ange-rufen. (Bisher war kein Arbeitgeber im Schutzverband.) Am Freitag, den 26. Mai fanden nun abermals Verhandlungen statt, welche durch den Vertreter des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Herrn Knieß-Kassel geführt wurden. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist ein Vertragsabschluss für alle Betriebe auf 4 Jahre, bis 15. Februar 1916. Der Vertrag sieht vor eine Lohnhöhung von insgesamt 7 Pfg. pro Stunde (sofort 2 Pfg., 1912 2 Pfg., 1913 2 Pfg., 1914 1 Pfg.) Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche also von 60 auf 57 Stunden ab 1. Okt. 1912. Die Mindestlöhne betragen nach Altersklassen, im Alter von 18 bis 20 Jahren 28 Pfg., 20—24 Jahren 36 Pfg., über 24 Jahren 42 Pfg. (Die ersten Abmachungen, welche den Meistern zu hoch waren und abgelehnt wurden, hatten Mindestlöhne von 27—35—41 Pfg., Arbeitszeitverkürzung ein halbes Jahr später). Die Meister hatten also den ersten Vertrag abgelehnt, um nachher einen weitergehenden Vertrag abzuschließen. Den Streik hätten sie sich also sparen können.

Mit diesem Vertrag ist nun erstmals ein geregelter Arbeitsverhältnis festgelegt und damit das Fundament geschaffen zum Weiterarbeiten. Dies bedeutet für die Kollegen in Fulda einen gewaltigen Fortschritt. Die jetzt festgelegten Mindestlöhne sind zuvor in denselben Altersklassen als Höchstlöhne aufgetreten. Im ersten Jahre nach der Lehre wurde bisher bezahlt 1,70 Mk. höchstens 2 Mk., jetzt mindestens 2,20 bez. 2,40 Mk. im zweiten Halbjahr. Den Kollegen in Fulda ist es nunmehr in die Hand gelegt, das Errungene festzuhalten und weiter zu vervollkommen. Lange Jahre hindurch haben einzelne Kollegen mit jäher Ausdauer gearbeitet, oft unter Gefährdung ihrer eigenen Existenz, alle Holzarbeiter unserem Verbandsbezugzuführen. Heute, wo dieses Ziel bereits voll erreicht ist, sehen sie die Frucht ihrer Arbeit. Es muß nun auch fernerehin Aufgabes aller Kollegen bleiben, trenn zur Fahne zu halten, um im Laufe der Jahre weitere Verbesserungen herbeizuführen. Dringend nötig ist jedoch, auch fernerehin dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen und in geeigneter Weise für Stärkung der Kasse zu sorgen.

Witten. Bei der Firma Reichwald in Annen stehen die Mitglieder vom sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande nun schon seit 19 Wochen im Streik. In der Dortmunder Arbeiterzeitung versuchte nun ein Strikflog, wahrscheinlich angehts den voraussichtlichen Niederlage der „Genossen“ wieder den bösen Christlichen die Schuld beizumessen. Es sollen nämlich vor Hagen zwei Arbeitswillige unter Zustimmung unserer dortigen Ortsverwaltung bei der betroffenen Firma Arbeit angenommen haben. Wie wir auf Anfrage bei unserer Zentralstelle Hagen erfahren haben, ist die Behauptung in der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiterzeitung schlankweg erfunden. Aber so wird es gemacht, nachdem den „Genossen“ in Annen die Felle anscheinend fortgeschwommen sind, müssen wieder bei den Christlichen die Sündenböcke gesucht werden. So weit wir informiert sind sind die Streikbrecher in Annen, welche dort in großer Anzahl vorhanden sind, zum größten Teile wackelige „Genossen.“

einen guten Zweck, noch für die Verbesserung ihrer Lage beizutragen sein könnten. Und zu dem meinen sie, mit den wenigen Versammlungen habe es auch nichts gutes auf sich, der Mann bleibt für die Zeit besser in der Familie. In solchen Reden sieht man „wie der Hase läuft“! Hier liegt's, das alle Anstrengungen vergeblich waren. Was Wunder da, daß die inhaltreichsten Flugblätter keine Erfolge zeitigten; daß alle die Worte die man verbrachte unbeachtet in den Wind geschlagen wurden, und die unorganisierten Kollegen trotz hundertmaligen Versprechen die nächste Versammlung zu besuchen, doch nicht erschienen. — Da steht der ideale Inhalt der Hausagitation: Die Frau muß aufgeklärt werden über die wirtschaftliche und ideale Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.

Nun lässe die bedeutungsvolle Frage: Welches sind die geeigneten Mittel den Frauen das Verständnis für die Organisation beizubringen?

Ein großer Fehler ist es, wenn der Hausagitor sofort mit der Lure ins Haus fällt und durch einen Wörterschwall seine Aufgaben zu lösen gedenkt. Der unliebame oft mit Migränen empfangene Fremdling kann sich dann bewußt sein, daß er diesmal ununterrichteter Dinge abschreibt das zweitemal aber einfach abgewiesen wird, oder wenn man ihn wenigstens bemerkt hat, er vor verschlossener Tür kommt. Man zeige sich in jeder Familie in ruhiger höflicher Weise, als ein Mann, der getragen von innerer Selbstüberzeugung, für das Wohl seiner Mitkollegen und dessen Familie auf gewerkschaftlichem Gebiete arbeitet. Meistens ist es ratsam, daß man sich am ersten und zweiten Agitationsabend nur über Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der Lebensmittelpreise unterhält. Man über die Familie nie zu lange, beim Fortgehen überreiche man der Frau ein kräftiges aber

möglichst kurz verfaßtes Flugblatt, welches die Erfolge des Verbandes darlegt und empfehle sich dann, auf baldige Wiederkehr. Wenn man so verfährt, wird man bei der Wiederkehr sehr in den meisten Fällen freundlich aufgenommen, und beim nunmehrigen offenen Ausdruck über alle Gewerkschaftsfragen steht nichts mehr im Wege. Es dauert dann gar nicht lange und der Kollege, den man sonst nie und nimmer gewonnen hätte, füllt in Gegenwart seiner Frau oft auf deren Anregung den Aufnahmezettel aus. — Ich kenne Frauen, die mir bei der Hausagitation hoch und teuer versicherten, sie würden verhindern, daß sich ihr Mann organisiere, späterhin nach Durchführung der oben angeführten Agitationsweise diejenigen waren, die in Abwesenheit ihres Mannes den Wochenbeitrag entrichteten und sogar dafür sorgten, daß ihr Mann zur Versammlung erschien. Die Interessierung der Frauen für die Gewerkschaften wird eine Hauptaufgabe unserer Bewegung bilden. Diese wirksam durchzuführen gibt es nur ein erfolgreiches Mittel: die Hausagitation.

Die christlichen Gewerkschaften stehen in einer Periode des Aufschwunges. Das Agitationsfeld ist in vielen Gegenden für uns noch ein ergiebiges. Nirgendso kann man etwas von einer Erschöpfung des Zustroms beobachten. Da sollten die einzelnen Zahlstellen, besonders dort wo es noch nicht geschah, ihre tüchtigsten und geschuldeten Kräfte zusammenraffen zur Hausagitation. Ausgerüstet mit einem guten Adressenverzeichnis, mit gutem Agitationsmaterial und vor allem mit einem guten, von Ausdauer und Opferfreudigkeit getragenen Willen sollen dann die einzelnen Kollegen ans Werk gehen. Das Beispiel wirkt mehr als die Rede. Wenn so gearbeitet wird, dann werden sich auch in Zukunft zahlreiche neue Anhänger um unser Banner scharen. e. s.

Berichte aus den Zahlstellen.

weiter i. Gf. In den letzten Monaten hat sich im Gebiete unter den Holzarbeitern der Organisationsgedanke elementarer Gewalt Bahn gebrochen. Raum gereicht, zählt unsere Zahlstelle heute über 50 Mitglieder. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und das Bedürfnis, diese zu verbessern, haben die Kollegen aus dem laienhaften Bereich aufgeweckt und sie in den Verband hineingetrieben. Dazu eine außerordentlich günstige Geschäftslage, die ein zweites Verbot der ungünstigen Arbeitsverhältnisse bedingt. So wurde denn gemeinsam mit dem deutschen Holzerverbande den Arbeitgebern die Forderungen unterbreitet zunächst durch die Organisationsvertreter mit den einzelnen Arbeitgebern verhandelt. Hier stellte sich denn das Bedürfnis ein, gemeinsame Verhandlungen mit den Arbeitgebern herbeizuführen. Diese fanden dann auch statt und kam das Ergebnis, dass an anderer Stelle berichtet ist, zustande. Nahezu einig wurde dann von einer Versammlung das Resultat der Verhandlung angenommen und hat dieselbe also ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Vorläufig, weil erst abgemacht werden muß, im 1. Juli auch alle Arbeitgeber die vereinbarte Lohnzahlung zahlen. Die Kollegen von Gebweiler und Umgebungen jedenfalls mit dem Verlaufe der Bewegung zufrieden sein, auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden, so ist doch ein Anfang auf dem Wege der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter gemacht. Verhältnisse, die durch ein Menschenalter ungenügend sind, können kaum mit einem Schlage geändert werden. Stetiges, schrittweises Vorgehen wird wie an anderen Orten auch hier zum Ziele führen. Dazu aber sind starke Organisationen und Schulung der Arbeiter wichtige Vorbedingungen. Mögen daher alle Kollegen des Blumentales mit Ausdauer an der Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten. Der größte Fehler aber wäre, wenn jetzt der eine oder andere sagen würde, jetzt haben wir mehr Lohn und jetzt in wir den Verband nicht mehr notwendig. Es gilt jetzt erst im Verbands zusammenhalten. Diese erste Bewegung nur als Anfang betrachtet werden. Und dann muß aber alles aufgegeben werden, damit auch am 1. Juli alle Arbeitgeber die gewährte Lohnsteigerung durchzuführen. Wer aber die Interessen der Arbeiter in diesem Falle vertreten? Doch mit Erfolg die Organisation. Für unsere Kollegen gilt jetzt recht, die Arbeiter, welche zu uns gehören, unserem Verbande beizutreten. Hat sich doch hier wie überall gezeigt, daß das sinnige Geschwätz mancher Leute über die christlichen Gewerkschaften eben nur tödliches Geschwätz ist. Unsere Kollegen auch bei dieser Bewegung ihren Mann gestellt und der Verband hat auch hier gezeigt, daß er die Interessen seiner Mitglieder in vollem Umfange wahrnimmt. Mögen alle unsere Kollegen dies immer wieder beherzigen und für die Stärkung des Verbandes in ihrem eigenen Interesse Sorge tragen.

mühtig gefordert, mit den Schreibern der anderen Firma im Lohn und Akkord gleichgestellt zu werden. Nunmehr gab Herr Kl. an, diese Firma mache die Bauten für 50 Mk. Diese Angabe kann nur auf einem Irrtum der Firma beruhen, da unsern Kollegen bekannt ist, daß dies nicht den Tatsachen entspricht. Wir hoffen im Interesse der Firma sowohl wie des ganzen Gewerbes, daß der Widerstand gegen die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft und gegen einzelne Kollegen, die mit Recht diese Forderungen energig vertreten, ausgebehalten wird. Die Firma wird dann auch nicht nötig haben, durch teure Zeitungsinserte für ihren Betrieb Leute zu gewinnen, sondern es werden sich auch so genügend Leute finden, die gerne zu angemessenen Bedingungen arbeiten.

Sterbefall.

Matthias Engelskirchen, Bürstenmacher, gest. zu Erefeld. Heinrich Wanter, Schreiner, gestorben zu Gelsenkirchen. Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften veröffentlichen in Nr. 40 ihres Verbandsorgans „Der Gewerkschaftler“ den Jahresabschluss für das Jahr 1910. Es geht aus diesem hervor, daß die Gewerkschaften H.-D. 122 571 Mitglieder in 18 Zentral-Organisationen und 2263 Ortsgruppen zählen. Gegen das Vorjahr bedeutet das einen Gewinn von 14 543 Mitgliedern. Zurückzuführen ist dieses Ergebnis im wesentlichen auf den Anschluß des alten württembergischen Eisenbahnerverbandes mit 8000 angegebenen Mitgliedern. Auffallend ist es jedoch, daß dieser Verband, sowie auch eine Anzahl anderer angeschlossene Organisationen mit insgesamt 14 258 Mitgliedern über ihre Kassengebühren im Jahre 1910 nicht berichten. Die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Gewerkschaften lassen sich aus der veröffentlichten Tabelle (wie auch in den Vorjahren) nicht entnehmen, da die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften, der Krankenkassen, der Sterbekassen und anderer Unterstützungskassen, die von den Gewerkschaften gegründet wurden, miteinander verrechnet sind. Wohl sind die Kassengebühren gesondert aufgeführt. Aus dieser Zusammenstellung ist zu entnehmen, daß das Gesamtvermögen der Gewerkschaften in Haupt- und Lokalkassen 2 001 074,09 Mk. beträgt. Von bekannteren Gewerkschaften zählen Mitglieder: Metallarbeiter 40 584, Kaufleute 18 585, Fabrik- und Handarbeiter 17 033, Textilarbeiter 6 991, Lederarbeiter 5 148, Schneider 4 521, Bergarbeiter 3 618. Die Holzarbeiter zählen 5 686 Mitglieder und verfügen über ein Gewerkschaftsvermögen von 101 666,69 Mk., davon 75 458,93 Mk. in der Hauptkasse.

Am Sonntag, den 21. Mai hielt der Verein der deutschen Kaufleute in Berlin seine Generalversammlung ab. Es wurde hier mit übergroßer Mehrheit beschlossen, aus dem Verbands der deutschen Gewerkschaften H.-D. auszutreten.

Textilarbeiteraussperrung im Münsterland. Weil in einem Betriebe zu Coesfeld keine Einigung der streikenden Arbeiter mit der bestreikten Firma erzielt werden konnte, haben die vereinigten Textilindustriellen des Münsterlandes den Beschluß gefaßt, eine Gesamtaussperrung der Arbeiterschaft vorzunehmen. Mit der Durchführung des Beschlusses haben sie bereits begonnen und sind bisher ausgesperrt worden 4 288 Arbeiter und zwar in Borgvorst 567, Coesfeld 288, Dülmen 40, Embsdellen 1 100, Freudenort 50, Greven 400, Ibbenbüren 180, Mesum 209, Neuenkirchen 250, Nordhorn 250, Osnaabrück 282, Stadthorn 400, Sassenberg 150, Warendorf 117. Die Aussperrten gehören fast sämtlich der christlichen Textilarbeiterorganisation an.

So wird gelogen. In Nr. 16 des „Textilarbeiter“, Organ des soziald. Verbandes der Textilarbeiter befindet sich folgende Notiz:

„Nowawes. Ein „sonderbarer Heiliger“ scheint der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiter-Verbandes hier zu sein; er behandelte einen Arbeiter in der Fabrik, in der er Obervorrichter ist, derart, daß der Arbeiter erschreckt nach Hause lief — in Hose und Hemd, denn seine übrige Kleidung war im Wehhaal herumgeworfen worden. Der Mann war durch nichts zu bewegen, die Arbeit in dem Betriebe wieder aufzunehmen, wo er 5 Jahre lang gearbeitet hatte.“

Mit der Notiz vergleiche man die Tatsache, daß der christliche Textilarbeiterverband in Nowawes kein einziges Mitglied, geschweige denn eine Ortsgruppe und einen Vorsitzenden besitzt.

Eine Streifeniederlage, die verdient ist. Eine blamable Niederlage hat der sozialdemokratische Transportarbeiterverband in Bremen erlitten. Er hatte dort bei den Straßenbahnen den Streik proklamiert, angeblich, weil ein Fahrer zu Unrecht entlassen worden sei. Diese Gelegenheit wollte man aber auch gleichzeitig benutzen, um — die Christlichen aus dem Betrieb herauszubringen; ein nettes kollegiales Verhalten! Ueber den Verlauf und den Ausgang des Streiks bringt der Vorwärts, das sozialdemokratische Hauptorgan, folgenden kurzen, aber vielsagenden Bericht:

„Beendeter Straßenbahnerstreik in Bremen. Eine am Freitagmorgen abgehaltene Versammlung der Streikenden, die von Rasmann-Berlin geleitet wurde, beschloß, wie schon telegraphisch gemeldet, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik hat also nur drei Tage gedauert. Die Ursachen für das Scheitern der Beendigung sind zum großen Teil in der Laune der Angestellten selbst zu suchen. Bereits am ersten Tage gingen Leute, die den Streik gewählt hatten, wieder in den Betrieb. Mit jedem weiteren Tage wiederholte sich dieses Schauspiel. Am Donnerstag beschloß eine von 270 Streikenden besuchte Versammlung, die Bewegung fortzuführen. Trotzdem ging gleich darauf ein großer Teil wieder in den Dienst.“

Aber diese Ursache des Misserfolges war schließlich nur die Folge einer Unterlassungssünde der Ortsverwaltung. Sie hätte es nicht zum Streik kommen lassen dürfen. Sie hat allerdings in ihrer entscheidenden Versammlung erklärt, daß die Situation ungünstig sei und der Hauptvorwand die Beschäftigung verweigere; aber wenn sie das mußte und die Einsicht hatte,

daß ein Erfolg nicht zu erwarten stand, wäre es doch besser gewesen, gegen den Willen der Mitglieder einen Streikbeschuß zu verhindern. Es wurde jetzt den Mitgliedern empfohlen, möglichst zuzusehen, daß alle wieder in den Betrieb kommen. Es steht aber zu befürchten, daß circa 70—100 Mann auf der Strecke bleiben. Die Straßenbahn, welche seit Dienstag nur bis abends 8 Uhr fuhr, wird spätestens Samstag den Betrieb in vollem Umfange wieder aufnehmen.“

Diesem Berichte braucht man eigentlich kein Wort hinzuzufügen. Er spricht in seiner knappen Form geradezu Bände und ist ein Beweis für den unverantwortlichen Leichtsinne, womit die Verbandsleitung in Bremen gehandelt hat. Denn niemand anders als diese trägt die Schuld für diese schwere Niederlage, bei der 100 Leute auf der Strecke bleiben, d. h. nicht mehr eingestellt werden. Auch in diesem Falle hat sich wieder wie so oft gezeigt, daß die größten Schreier und Draufgänger vor der Bewegung am ehesten zusammenklappen und zum Verräter werden.

„Genosse“ und Scharfmacher zugleich. Im österreichischen „christlichen Gewerkschaftler“ finden wir folgende Notiz über ein Idyll in der sozialdemokr. Häuslichkeit:

In Prag geht der Tischlervertag zu Ende. Am 21. April sprach der Tischlermeister Franz Schaller nach dem Berichte des sozialdemokratischen „Holzarbeiter“ in einer Versammlung der Tischlermeister leidenschaftlich gegen die Forderungen der Gehilfen.

„Er erklärte den Meistern“, so schreibt der „Holzarbeiter“, „daß sie nichts zu bewilligen brauchen, weil ja die Gehilfen ihre Organisation zerschlagen haben... Er sprach auch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und schlug vor, in Werkstätten mit 1 bis 10 Gehilfen die neunzehnstündige Arbeitszeit einzuführen, obwohl in diesen Werkstätten heute 9 1/4 Stunden, an Samstagen nur 8 1/4 Stunden gearbeitet wird, so daß er eigentlich eine Verlängerung der Arbeitszeit vorschlug. Ebenso soll an den Vortagen der hohen Feiertage um eine Stunde länger gearbeitet werden als bisher. Die Vertrauensmänner sollen nicht anerkannt werden. Vor dem Streik brauchen sich die Meister angeblich nicht zu fürchten. Der Verband gibt kein Geld her, weil die Organisation zerschlagen ist.“

Der selbe Herr Schaller, der in dieser Versammlung als rücksichtsloser Scharfmacher auftrat, war früher Sekretär des sozialdemokratischen Landesvereins der Tischler in Böhmen. Nichtsdestoweniger ist heute Schaller trotz aller Scharfmacherei sozialdemokratischer Reichratskandidat. Und eine solche Partei will die Interessen der Arbeiter wahren!

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen. Die Wahl der Generalversammlung der Vertreter zur Ortskrankenkasse in Rempten (Allgäu) ergab als Resultat: Liste A (Liberal) 246 Stimmen und 11 Beisitzer; Liste B (soziald. Gewerkschaftskartell) 773 Stimmen, 35 Beisitzer; Liste C (Christliche Gewerkschaften) 320 Stimmen, 14 Beisitzer. Das Resultat bot keine Überraschungen, jedoch hätte bei tüchtiger Arbeit von allen Seiten das Resultat ein besseres sein können. Es haben von sämtlichen Wahlberechtigten mehr als 40% von ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht.

Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1909. Das erste Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1911 bringt die Ergebnisse der Krankenversicherung von 1905 bis 1909. Darnach gab es 1909 8254 Gemeindefrankenkassen mit 1 625 542 Mitgliedern; 4775 Ortskrankenkassen mit 6 504 585 Mitgliedern; 45 Baukrankenkassen mit 19 188 Mitgliedern. Die Zahl der Innungskassen war 801 mit einem durchschnittlichen Mitgliederstand von 283 776. Landesrechtliche Hilfskassen mit 37 006 Mitgliedern waren 144 tätig. Eingeschriebene Hilfskassen gab es 1286 mit 890 519 Mitgliedern. Die höchsten Ausgaben für Krankheitskosten, Erziehungskosten, Verwaltungsausgaben u. hatten die Ortskassen, nämlich 179 678 067 Mark. Es folgen die Betriebskassen mit 100 655 944 Mark; die Gemeindefrankenkassen mit 22 698 754 Mk.; die eingeschriebenen Hilfskassen mit 22 389 881 Mk.; die Innungskassen mit 7 542 366 Mk.; Baukrankenkassen mit 823 486 Mk.; sodann die Landesrechtlichen Hilfskassen mit 775 800 Mk. Ausgaben. Von den Krankheitskosten kamen auf ärztliche Behandlung bei den Ortskassen 34,3 Mill. Mark; Betriebskassen 24,3 Mill. Mk.; Gemeindefrankenkassen 6,4 Mill. Mk.; eingeschriebene Hilfskassen 4,3 Mill.; Innungskassen 1,4 Mill. Mk. Für Arznei und sonstige Heilmittel, sodann Krankengeld gaben aus die

	für Arznei Mill. Mk.	Krankengeld Mill. Mk.
Ortskassen	22,9	69,68
Betriebskassen	14,7	43,92
Eingeschr. Hilfskassen	2,3	16,62
Gemeindefrankenkassen	3,4	6,96
Innungskassen	0,83	2,61
Baukassen	0,069	0,35

	für Arznei Mill. Mk.	Krankengeld Mill. Mk.
Ortskassen	4,18	22,86
Betriebskassen	1,84	10,33
Gemeindefrankenkassen	0,061	4,99
Innungskassen	0,039	1,49
Baukassen	0,0007	0,19
Eingeschr. Hilfskassen	0,024	1,75

Auf ein Mitglied kommen durchschnittlich Krankheitskosten bei den Ortskassen 24,27 Mark; Betriebskassen 31,09; Gemeindefrankenkassen 13,46; Innungskassen 23,15; Baukassen 40,81; eingeschriebene Hilfskassen 22,15. Die Kosten der ärztlichen Behandlung schwanken zwischen 4 Mark (Gemeindefrankenkassen) und 7,05 Mark (Ortskrankenkassen) durchschnittlich pro Kopf.

Abrechnung des Verbandes pro I. Quartal 1911.

I. Hauptkasse.

Einnahmen und Ausgaben.

a) Einnahmen:		M	M
1. Beiträge von Einzelmitgliedern		317,00	
2. Abonnements und Inzerate		281,26	
3. Zinsen aus Kapitalen		2415,36	
4. Bücher, Broschüren u. sonst. Einnahmen		128,23	
5. Von den Zahlstellen eingekandt		54143,54	
			57285,39
b) Ausgaben:		M	M
1. Maßregelungsunterstützung		1094,50	
2. Umzugsunterstützung		222,00	
3. Arbeitslosenunterstützung		14,00	
4. Streiks und Aussperrungen		18137,27	
5. Rechtshilfe		167,85	
6. Krankenunterstützung		14,50	
7. Militärunterstützung		95,00	
8. Agitation		5158,05	
9. Beamtengehälter		1580,00	
10. Verbandsorgan		5490,01	
11. Polnisches Organ		154,23	
12. Porto und Scheckgebühren		488,79	
13. Druckfachen und Werbungs-material		478,96	
14. Zeitungen und Zeitschriften		68,12	
15. Miete, Bureaubedarf, Telefon		524,53	
16. Stempelanfertigung		83,35	
17. Markenherstellung		223,00	
18. Versicherungen		21,60	
19. Beiträge zum Gesamtverband		900,00	
20. Vorhülle an die Zahlstellen		1251,60	
21. Gewerkschaftsorgan, Konfer., Sitzungen		1250,83	
22. Bücher und Broschüren		1044,75	
23. Zuschüsse im Verbandsbureau		53,00	
24. Sonstige Ausgaben		1398,76	
			30944,70
Also Mehreinnahme		17340,69	
Bestand vom IV. Quartal 1910		336732,01	
Also Bestand pro II. Quartal 1911			354072,73

Bilanz.

Einnahmen:		M	M
Kassenbestand vom IV. Quartal 1910		336732,01	
Aufnahmegebühren		867,75	
Beiträge bei den Zahlstellen		98497,32	
Beiträge bei der Hauptkasse		317,00	98814,32
Einnahmen Position 2 und 3		2696,62	
Vorhülle an die Zahlstellen		1666,60	
Bücher u. sonst. Einnahmen bei den Zahlstellen		1902,10	
Bücher u. sonst. Einnahmen bei der Hauptkasse		128,23	2030,33
Saldo pro II. Quartal 1911			260,10
			Summa: 442467,76

Ausgaben:

	M	M
Reiseunterstützung bei den Zahlstellen		773,30
Maßregelungsunterstützung bei den Zahlstellen	109,00	
der Hauptkasse	1094,50	1203,50
Umzugsunterstützung bei den Zahlstellen	697,50	
der Hauptkasse	222,00	919,50
Arbeitslosenunterstützung bei den Zahlstellen	9687,63	
der Hauptkasse	14,00	9701,63
Streiks u. Aussperrungen bei den Zahlstellen	129,26	
der Hauptkasse	18137,27	18266,53
Rechtshilfe bei den Zahlstellen	112,70	
der Hauptkasse	167,85	280,55
Sterbegeld bei den Zahlstellen		970,00
Krankenunterstützung bei den Zahlstellen	9301,94	
der Hauptkasse	14,50	9316,44
Militärunterstützung bei der Hauptkasse		95,00
Ausgaben Position 8-23		18800,82
Anteil der Lokalkassen und Lokalbeitrag		24413,50
Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen	677,87	
der Hauptkasse	1398,76	2076,63
Saldo vom vorigen Quartal		1577,63
Kassenbestand pro II. Quartal 1911		354072,73
		442467,76

Abschluss.

Einnahmen:		M	M
Bei den Zahlstellen		102333,77	
Bei der Hauptkasse		3401,95	
			Insgesamt: 105735,72
Ausgaben:		M	M
Bei den Zahlstellen		46872,70	
Bei der Hauptkasse		41522,33	
			Insgesamt: 88395,03
Also Mehreinnahme		17340,69	
Bestand vom IV. Quartal 1910		336732,01	
			Summa: 354072,73

Der Gesamtkassenbestand beträgt pro II. Quartal 1911:

Bei der Hauptkasse	354072,73
Bei den Lokalkassen	83791,37
Insgesamt:	437864,10

Die Abrechnung vom I. Quartal 1911 wurde von uns geprüft und mit Büchern und Belegen übereinstimmend gefunden.

Alfred Gehring, Joseph Rothhoff, Johann Wella, Bernhard Siepmann.

Zur Quartalsabrechnung.

Nachfolgende Zahlstellen konnten bei der Gesamtabrechnung nicht berücksichtigt werden, weil deren Abrechnung nicht rechtzeitig bei der Zentralstelle einging: Neuforg, Eßig, Bacha, Mend, Braunschweig, Halle, Weitzen. Die Abrechnung von Rosen im letzten Augenblick ein, machte jedoch eine Minderung der im aufgestellten Bilanz notwendig. Der Zentrale könnte viel nähere Arbeit und Schreiberi, und den Zahlstellen manche annehmlichkeit gespart werden, wenn alle Zahlstellen dafür sorgten, daß die Abrechnung stets zu dem im Statut vorgesehenen Termin eingekandt werde. Wo es in der Beziehung noch hapert, wird einmal von den Kollegen nach dem Rechten gesehen werden.

Nachfolgend wiederum einige vergleichende Zahlen zur Abrechnung.

Einnahmen:	1911:	1910:	
I. Quart. IV. Quart. I. Quart.			
Aufnahmegebühren	867,75	790,75	569
Beiträge	74607,45	76536,95	59746
Lokalbeiträge	24206,87	24424,72	20448
Kassenbestand bei d. Hauptkasse	354072,73	336732,04	278833
Kassenbestand b. den Lokalkassen	83791,37	79073,93	62869
Gesamtkassenbestand:	437864,10	415805,97	341703

Ausgaben:	1911:	1910:	
I. Quart. IV. Quart. I. Quart.			
Reiseunterstützung	773,30	854,80	863
Maßregelungsunterstützung	1203,50	732,75	1791
Umzugsunterstützung	919,50	425,-	515
Arbeitslosenunterstützung	9701,63	5698,13	8243
Streiks und Aussperrungen	18266,53	25164,96	7984
Rechtshilfe	280,55	343,95	419
Sterbegeld	970,-	660,-	930
Krankenunterstützung	9316,44	7366,02	7358
Militärunterstützung	95,-	430,-	-
Gesamtsumme d. Unterstüßungen	41526,45	41675,61	28107

Die Einnahmen an Aufnahmegebühren haben sich gegenüber dem Vorquartal um 77 M. und gegenüber dem I. Quartal 1911 um 298 M. vermehrt.

Eine Erhöhung erfuhren die Einnahmen an Beiträgen um 14861 M. gegenüber dem I. Quartal 1910 im Vergleich mit dem IV. Quartal 1910 trat eine Ermäßigung um 1929 M. ein.

218 M. weniger wie im Vorquartal und 3758 M. mehr wie im I. Quartal 1910 gingen an Lokalbeiträgen ein.

Für Reiseunterstützung wurden 81 M. weniger wie im IV. Quartal 1910 und 90 M. weniger wie im I. Quartal 1911 verausgabt.

Die Maßregelungsunterstützung stieg um 471 M. im Vergleich zum Vorquartal, sank dagegen 588 M. gegenüber dem I. Quartal des Vorjahres.

Nennenswert stieg die Umzugsunterstützung und zwar um 494 M. bzw. 414 M.

Die Arbeitslosenunterstützung stieg um 4003 M. gegenüber dem IV. Quartal 1910 und um 1458 M. im Vergleich mit dem I. Quartal 1910.

Die Streifenunterstützung verminderte sich gegenüber dem Vorquartal um 6898 M., war dagegen um 10282 M. höher wie im I. Quartal 1910.

1950 M. mehr wie im Vorquartal und 1958 M. mehr wie im IV. Quartal 1910 erforderte die Krankenunterstützung.

Infolge verspäteter Verständigung meldeten sich noch nachträglich eine Reihe Kollegen zum Bezuge der Militärunterstützung an diese wurden noch 95 M. gezahlt. Im Herbst und Weihnachten, wo die Auszahlung dieser Unterstützung wieder erfolgt, wird deren Einführung wohl allgemein bekannt sein und eine zeitige Auszahlung derselben sich ermöglichen lassen. Die Aussetzung ist allerdings, daß sich die Bezücker zeitig melden. Eine Verständigung durch die Kollegen des letzten Aufenhaltsortes wird sehr zweckmäßig sein.

Die Lokalkassen verausgabten insgesamt 7233,22 M. an Unterstüßungen. Davon entfielen auf Reiseunterstützung 87 M., auf Streik- und Maßregelungsunterstützung 1594 M., auf Arbeitslosenunterstützung 1950 M. und auf Krankenunterstützung 3096 M.

Aus Haupt- und Lokalkassen wurden insgesamt ausgegeben:

Reiseunterstützung	860,55
Maßregelungsunterstützung	1203,50
Umzugsunterstützung	919,50
Arbeitslosenunterstützung	11 652,61
Streiks- und Aussperrungen	19 861,18
Rechtshilfe	280,55
Sterbegeld	970,-
Krankenunterstützung	12 412,61
Militärunterstützung	95,-
Sonstige Unterstüßungen	504,17
Dennach insgesamt	48 759,67 M.

Das Verbandsvermögen stieg um 4717,44 M. bei den Lokalkassen und um 17 340,69 M. bei der Hauptkasse, insgesamt um 22 058,13 M. und beträgt nunmehr 437 864,10 M.

Ueber bedeutendere Mitgliederzunahmen konnten die nachfolgenden Zahlstellen berichten: Cham 10, Nürnberg 12, Grewitz 20, Mülhausen 21, Wangen 11, Fulda 10, Mingoßheim 10, Mühlheim 19, Steinfeld 11, Weinheim 35, Aachen 101, Köln 7, Erefeld 24, Duisburg 55, Düren 10, Düsseldorf 15, Elberfeld 23, Eupen 12, Gelsen 11, Kassel 10, M.-Glabbech 10, Sterkrade 10, Stollberg 28, Uerdingen 10, Dortmund 11, Essen 10, Gladbeck 10, Gumnitzfeld 18, Haltern 31, Letmathe 10, Neßau 12, Witten 10, Paderborn 33, Bremen 10, Bohne 10, Deynhausen 82, Pappenburg 18, Breslau 12, Glogau 12.

Es gilt nunmehr, diese neugewonnenen Kollegen gewerkschaftlich zu schulen, und dafür zu sorgen, daß sie von tüchtigen Vertrauensleuten regelmäßig besucht werden. Die Vertrauensleute sollten es aber gerade jetzt in der Zeit des gewerkschaftlichen Schwungs mit ihrer Pflicht recht ernst nehmen. Wo die Zahl der Vertrauensleute nicht entsprechend groß genug ist, sollten unsere Besten gerne zur Verfügung stellen zur Ausübung der Tätigkeit als Vertrauensmann. Insbesondere die älteren seßhaften Kollegen sollten die Arbeit des Vertrauensmannes nicht als Nebenverdienst der jungen Kollegen betrachten, sondern gerne helfen. Durch ihre Lebenserfahrung werden sie äußerst gut Bankelwütige einwirken können und so dem Verbaude und dem eigenen Sache viel nutzen. Gerade die gegenwärtige Zeit ist das überall dort, wo tüchtige, arbeitende Vertrauensleute und Agitatoren vorhanden sind, der Erfolg nicht ausbleibt. Deshalb Vertrauensmänner, vor die Front!

Verantwortlicher Redakteur: Carl Janßen, Köln. Druck von Heinrich Zehlfing, Köln.

II. Lokalkassen.

Einnahmen:	M
Kassenbestand aus 1910	79073,93
Lokalbeiträge und Anteile an den Beiträgen	24413,50
Freiwillige Beiträge	127,21
Bücher und Broschüren	106,85
Sonstige Einnahmen	1740,24
	Summa: 105461,73

Ausgaben:	M
Reiseunterstützung	87,25
Streik- und Maßregelungsunterstützung	1594,65
Arbeitslosenunterstützung	1950,98
Krankenunterstützung	3096,17
Sonstige Unterstüßungen	504,17
Bewaltung, Vertrauensleute, Lokalsekretariate, Porto, Anschaffungen u.	8560,88
Agitation	2593,40
Kartebeiträge	1438,32
Bücher, Broschüren, Fachkurse u.	513,93
Sonstige Ausgaben	1321,61
Kassenbestand pro II. Quartal 1911	83791,37
	Summa: 405461,73

Abschluss:		M
Einnahmen		26387,80
Ausgaben		21670,26
Mehreinnahmen		4717,44
Bestand aus 1910		79073,93
Somit Bestand pro II. Quartal 1911		83791,37

Aus Arbeitgeberkreisen.

Tüchtlerinnungs-Kursus. Von der Leitung des rheinisch-westfälischen Tüchtlerinnungs-Verbandes (Eig. Güter) wird in den Tagen vom 29. Mai bis 9. Juni, im Rathaus zu Offen-Rüthenheim ein Kursus für die Funktionäre der Tüchtlerinnungen veranstaltet. Wie das „Tüchtlergewerk“ mitteilt, soll durch den Kursus tüchtigen Männern mit guter Auffassung und warmer Liebe zum Handwerk Gelegenheit geboten werden, sich für eine Lebensstellung in der Handwerkerorganisation vorzubereiten. In einigen Jahren werde ein hohes Bedürfnis nach berufsmäßigen Innungsverwaltern vorhanden sein, der Mangel an geschulten Leuten trete heute schon stark hervor.

Der Kursusplan des Kursus ist in drei Hauptabteilungen eingeteilt: **Freiwilligkeit, Entwicklung der Berufstätigkeit und Organisation.** Von Vorträgen, die den Gewerkschaftler besonders interessieren, seien genannt: „Innung, Gewerkschaft, Gewerkschaften“ (Freitag, 2. Juni, vorm. 10 Uhr); „Folgen der Preis-anarchie und des Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen auf die Berufstätigkeit insbesondere, auf die Auszubildungsberufstätigkeit des Handwerkers“ (Samstag, 3. Juni, vorm. 9 Uhr); „Die Teilnahme der Gesellen an der Führung der Berufstätigkeit“ (Sonntag, 4. Juni, nachm. 6 Uhr). Nach dem Kursusplan zu urteilen, ist der Kursus der beste, der bisher für Handwerkermeister veranstaltet wurde. Man muß überhaupt anerkennen, daß so überaus begeistert und zielbewußt noch von keiner Seite in die Handwerkerbewegung eingegriffen wurde, als es seitens des Güter Tüchtlerinnungs geschieht.

Adressenveränderungen.

Heilbronn. V. R. Hugo Nagelmann, Luisenstraße 18.
Jagstfeld. V. A. Michael Schardt, Schulstraße 82.

Eingelegte Sourniere

für Nähtische, Schatullen und Kullungen.

Kupferbogen gegen 20 Pf. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.

Eustach. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Modelltüchtler flotte, sanfter und selbständige Arbeiter für dauernde Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht. Berechneten Umzugsvergütung. **Bereinigter Modellfabriken, Landsberg a. W.**

2 Bohrer und tüchtige Bürstenmacher

suchen auf Pechen und Einzeln dauernde und gut lohnende Beschäftigung. **Schade & Co., Bürsten- und Pinselabrik, Duxenstraße, Prov. Hannover.**

Tüchtige selbständige Möbelschreiner und Möbelpolierer werden gesucht. **Zahle für die Güter.**

Höheres bei Konrad Ulrich, Leffingstr. 7.